

# Stadionverbot durch den Richter

So sollen Vereinsfunktionäre besser geschützt werden – Politik kritisiert den Vorschlag

**In Zukunft sollen nicht mehr private Veranstalter Massnahmen gegen gewalttätige Fans aussprechen müssen – dies empfiehlt der Berner Strafrechtsprofessor Hans Vest. Die Liga prüft derweil das Vorgehen bei Stadionverboten.**

**BENNO TUCHSCHMID**

In einem Interview mit dieser Zeitung machte die St. Galler Polizeidirektorin mehrere Fälle publik, bei denen Stadionverbote aufgehoben wurden, weil Vereinsfunktionäre von gewalttätigen Fussballfans massiv bedroht wurden. Für den Strafrechtsprofessor Hans Vest von der Uni Bern gibt es einen Weg, diese Entwicklung zu stoppen: «Meine Empfehlung ist, dass man aufseiten der Stadionbetreiber prüft, ob nicht bei den Zivilgerichten richterliche Stadionverbote erwirkt werden könnten.» So würden Fussballfunktionäre besser vor gewalttätigen Fans geschützt.

Laut Vest könnten Vereine eine Störung des Eigentums geltend machen – und darauf würden Richter ein Stadionverbot aussprechen. Roger Müller, Sprecher der Swiss Football League sagt dazu: «Das ganze Prozedere sowie die Zuständigkeiten der Erteilung von Stadionverboten wird momentan von der SFL überprüft.» Zum konkreten Vorschlag will er sich darum nicht äussern.

Die St. Galler Polizeidirektorin Karin Keller-Sutter findet den Vorschlag, Richter für zuständig zu erklären, nicht gut. «Das Stadionverbot ist eine niederschwellige Massnahme, die vom Haus-



**FC-BASEL-FANS** Ultras beim Bahnhof Altstetten auf dem Weg zum Zürcher Letzigrundstadion. EQ-IMAGES

herrn, also dem Stadionbetreiber, gefällt werden soll».

Der Weg über Gerichte würde wieder zu langen Verfahren führen, sagt Keller-Sutter. Denn: Im Unterschied zu Richtern können Stadionbetreiber Hausverbote auf den blossen Verdacht hin aussprechen und können damit viel schnell

er reagieren. Ausserdem sehe das Hooliganengesetz eine Kaskade von Massnahmen vor, die vom Stadionverbot über das Rayonverbot bis hin zur Präventivhaft reichen, so Keller-Sutter. «Es kann nicht sein, dass wir an neuen Verfahren basteln, statt das Problem gemeinsam an der Wurzel zu packen.»